RM Homfeldt erläutert den Antrag der Mehrheitsgruppe. Der Straßensozialarbeit wird eine hohe Priorität beigemessen. Daher sollte diese Aufgabe nicht mehr im Rahmen einer ABM-Maßnahme wahrgenommen, sondern an das Jugendzentrum angebunden werden, um eine kontinuierliche Betreuung und Vernetzung der Angebote zu ermöglichen.

RM Schauderna stellt bedauernd fest, dass eine Beratung über die Fortführung der Straßensozialarbeit laut letztem Bericht nicht vorgenommen wurde.

RM Homfeldt stimmt diesem zu. Er habe jedoch eigene Recherchen und Gespräche mit der Leitung des Jugendzentrums vorgenommen. Man sollte sofort handeln; zumal qualifiziertes Personal vorhanden sei. Die Mitarbeiter des Jugendzentrums haben nicht ausreichend Stunden. Ggfls. sollte nach Beginn der Arbeit von den entsprechenden Mitarbeitern ein Konzept zur Jugendsozialarbeit erstellt werden.

RM Mietz-Hüttel stimmt dem Antrag zu. Sie spricht sich jedoch für eine externe Ausschreibung der Stelle aus. Weiterhin fragt sie nach, warum die Arche nicht auch in den Ferien geöffnet sein soll.

StOR Müller teilt hierzu mit, dass Teilzeitstellen keine hohe Attraktivität haben. Gleichzeitig hat die Stadt bewährte Mitarbeiter mit hoher Flexibilität. Eine Stundenaufstockung bei den vorhandenen Mitarbeitern käme auch den wirtschaftlichen Hintergründen dieser zugute. Eine Öffnung der Arche auch in den Ferien soll geprüft werden. Die Konzeption werde nach Beschlussfassung mit den weiterführenden Schulen abgestimmt.

RM Just stellt fest, dass die Stadt bereits jetzt mehr leistet, als ihrer gesetzlichen Verpflichtung entspricht. Jugendsozialarbeit ist Aufgabe des Landkreises. Weiterhin lässt das Schulsystem Jugendliche allein. Es sollte mehr Ganztagschulen geben und Perspektiven für Hauptschüler geschaffen werden. Die bestehenden Probleme ließen sich nur auf Landes- und Bundesebene lösen.

BM Böhling teilt mit, dass die Stadt sich diesen Problemen bereits lange - erst durch ABM-Maßnahmen und jetzt durch feste Mitarbeiter – stellt. Er begrüßt den Antrag der Mehrheitsgruppe und den sich insgesamt abzeichnenden Konsens in dieser Frage und die Angliederung an das Jugendzentrum. Nach entsprechender Anlaufzeit sollten ein Erfahrungsbericht und dann die Entscheidung über die Bildung eines Arbeitskreises erfolgen.

Auf Nachfrage von RM Ratzel sagt er zu, dass die Stundenaufstockung der Mitarbeiter nicht im allgemeinen Betrieb des Jugendzentrums verwendet wird.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle des Streetworkers zu überprüfen und diese als feste Stelle im Bereich Jugendzentrum einzurichten. Zudem ist beim Landkreis die Kostenübernahme zu beantragen.